



Am Tag, als meine bevorstehende Nichtwiederwahl vom (Aufsichts)Rat an die Presse durchgestochen wurde und ich davon ausgehen musste, dass die Presse auch Kenntnis über Verleumdungen hatte, die mir als Gerüchte zugetragen worden waren, sah ich mich gezwungen, der Presse zuvor zu kommen und ein langes, differenziertes Interview zu geben, in dem ich u.a. meiner Überzeugung Ausdruck verlieh, dass auch Misogynie und Homophobie eine Rolle gespielt hatten.

Dieser eine Satz wurde am nächsten Tag zum Mittelpunkt der Berichterstattung des Soester Anzeigers und der Bürgermeister behauptete dort, dass sämtliche Beteiligte sich in der Vergangenheit um eine konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit mir bemüht hätten und ich diesen Pfad aber nun verlassen hätte.

Tatsächlich hat sich der Bürgermeister von Beginn meiner Amtszeit an nie um eine konstruktive Zusammenarbeit bemüht: Es gab kein Pressefoto zur Begrüßung, kein persönliches Kennenlernetreffen und Termine nur in großen Zeitabständen und fast immer in einem Setting, das keinerlei persönliche Kontakte zuließ. Heute weiß ich, dass er fieberhaft nach Belastendem suchte, mit dem er meine Abberufung, aber mindestens meine Nichtwiederwahl durchsetzen konnte. Aber trotz der extremen Arbeitsbelastung, unter der ich arbeitete und der vielen Fäden, die bei mir zusammenliefen, machte ich keine Fehler und der Bürgermeister fand NICHTS! Da war er offenkundig bereit, Belastendes zu erfinden.

Hier nur zwei Beispiele:

Lüge 1:

Vor dem Hintergrund der Umbettung sowjetischer Kriegstoter, die bei der Sanierung der Adam-Kaserne gefunden wurden, ließ der Bürgermeister vortragen: Prof. Dr. Dobberstein „hat hier, ohne dies mit dem Bürgermeister der Stadt Soest abzustimmen, Kontakt mit der russischen Botschaft aufgenommen, was für die Bezirksregierung Arnsberg nachvollziehbarer Anlass war, den Bürgermeister der Stadt Soest mit Schreiben vom 23.10.2018 an die Einhaltung des Dienstweges zu erinnern.“

Diese Behauptung ist ebenso unrichtig, wie sie im Übrigen infam ist und zeigt die ganze Boshaftigkeit und Schamlosigkeit, mit der der Bürgermeister meine Nichtwiederwahl betrieb: Dass ich mich um die Beerdigung der sowjetischen Soldaten kümmern sollte, empfand ich als Straffaktion, weil der Bürgermeister sich über mich geärgert hatte, als ich die Fertigstellung der Adam-Kaserne um lediglich zwei Monate nach hinten verschieben musste.

Bereits am 3.3.2018, also 7 Monate vor der Beschwerde der Bezirksregierung, schrieb ich ihm deshalb:

„Es ist selbstverständlich, dass ich mich darum kümmere, dass die sowjetischen Toten von der Baustelle auf den Friedhof verbracht werden. Ich halte es aber nicht für die Aufgabe der WMS, ein „Staatsbegräbnis“ für die Kriegstoten mit der russischen Botschaft zu organisieren. Wären die Toten im Garten von Lieschen Müller gefunden worden, würde man das auch nicht Lieschen Müller überlassen. [...] Auch die russische Botschaft sieht ausschließlich Sie als Bürgermeister als Ansprechpartner und korrespondiert nur mit Ihnen.“

Auf diese Email antwortet der Bürgermeister erbost am frühen Sonntagmorgen, 4.3.2018 um 7:57 Uhr wie folgt:

„Da Sie bisher die Korrespondenz und den Kontakt mit der Botschaft und der Kriegsgräberfürsorge übernommen haben ist es sachgerecht, dass Sie die Rahmenbedingungen für eine Gedenkfeier klären. Dazu erwarte ich bis

Montag 12.00 Uhr von Ihnen einen abgestimmten Vorschlag [...].“

Nachdem sich die Bezirksregierung am 23.10.2018 beim Bürgermeister über die Nichteinhaltung des Dienstweges beschwert hatte, ging ich davon aus, dass ich diese Aufgabe nun endlich abgeben könne. Aber selbst nach diesem Schreiben bestand der Bürgermeister darauf, dass ich diese weiterhin übernehme. Eine Email des Bürgermeisters an mich vom 28.02.2019 zeigt, dass ich noch zu diesem Zeitpunkt - also fünf Monate nach der Beschwerde der Bezirksregierung - mit der Organisation des Begräbnisses für die sowjetischen Kriegstoten betraut war. Wörtlich fragt er an:

„Ist die Bestattung der russischen (sic!) Kriegsgefangenen geregelt?“

Tatsächlich bin ich also mitnichten ohne vorgängige Absprache mit dem Bürgermeister an die russische Botschaft herangetreten. Dass ich mit der russischen Botschaft kommunizierte, geschah gegen meinen erklärten Willen auf ausdrückliche Anweisung des Bürgermeisters, der dabei die gesetzlichen Zuständigkeiten und den Dienstweg ignorierte.

Lüge 2: Mein Umgangston mit Unternehmen und Institutionen sei unangemessen

Dieser Vorwurf wird begründet auf der Basis eines einzigen Zeitungsartikels über die Überlegung, ein privates Museum ins Dachgeschoss zu verlagern, um seinen Fortbestand zu sichern.

Das in dem Zeitungsartikel suggerierte Interview hatte ich dem Soester Anzeiger tatsächlich allerdings nie gegeben, es war eine Erfindung des Soester Anzeigers, abgeleitet aus einem mehrseitigen, differenzierten Post, den der Soester Anzeiger unter Verletzung meines Urheberrechtes in einen reißerischen Artikel verwandelt und mir dabei zahlreiche falsche Zitate in den Mund gelegt hatte.

In einem weiteren Post unter dem inkriminierten Artikel beschwerte ich mich: "Bedauerlicher Weise legt der Soester Anzeiger mit

immer wieder Formulierungen in den Mund, die nicht meinem Sprachduktus entsprechen." Und fügte den ursprünglichen Post, aus dem der Artikel unseriös abgeleitet war, noch einmal an.

Es war also öffentlich - und damit auch dem Bürgermeister und dem Aufsichtsrat bekannt - dass der unangemessene Umgangston, den mir die (Aufsichts)Ratsmitglieder unterstellten, tatsächlich die reißerische und proletenhafte Sprachdiktation war, die der Redakteur des Soester Anzeigers mir in den Mund gelegt hatte. Weder der Inhalt, noch der Tonfall des ursprünglichen Posts, aus dem der inkriminierte Artikel abgeleitet war, wurde vom Aufsichtsrat kritisiert. Und trotzdem wurde der daraus unseriös abgeleitete Zeitungsartikel im Rahmen der Nichtwiederwahlkampagne prominent gegen mich eingesetzt als einziger Beleg dafür, dass mein Umgangston mit Unternehmen und Institutionen unangemessen sei.

Fazit:

Der Bürgermeister und ggf. weitere (Aufsichts)Ratsmitglieder logen planvoll und zielgerichtet, um mich, eine herausragend erfolgreiche Geschäftsführerin aus dem Amt zu drängen. Diese Lügen bedienten die Stereotype des Mannweibes und der Kampflesbe - aggressiv, nicht bürgerlich, proletenhaft.

Tatsächlich erlebten die (Aufsichts)Ratsmitglieder mich jederzeit freundlich, sachlich, ehrlich, zugewandt und wertschätzend. Nie hob ich meine Stimme und blieb selbst dann noch freundlich und auf der Sachebene, wenn ich rüde, demütigend und aggressiv abgekanzelt wurde.

Trotzdem verfiel das Narrativ der aggressiven, proletenhaften Frau, vielleicht gerade deshalb, weil es die Stereotype des Mannweibes und der Kampflesbe bediente. Aber ich bin weder das eine, noch das andere. Dafür sind die Lügen der beste Beweis, denn die brauchte es nur deshalb, weil sich keine wahre Geschichte fand, die das gewünschte Bild erzeugen konnte.

Mehr Lügen und die Beweise entnehmen Sie bitte meiner [Strafanzeige](#) gegen den Bürgermeister, die AR-Vorsitzende et al.

PS: Ich untersage dem Soester Anzeiger und anderen Vertretern der Presse, den Inhalt dieser Zusammenstellung ganz oder auszugsweise, direkt oder indirekt zu zitieren oder in anderer Weise zum Gegenstand seiner Berichterstattung zu machen.